

Das Europa-Kapitel der Enquete-Kommission und die Zukunft

Gottfried Wagner

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky pflegte mit dem pragmatischen Satz zitiert zu werden: Wer Visionen hat, braucht einen Arzt. Soweit zum utopischen Potential von Politik am Ende des 20. Jahrhunderts in Mitteleuropa. Andererseits war er wahrscheinlich der erste – und letzte – Kanzler in Österreich, der mit dem Mythos von der Opferrolle dieses Landes im Nationalsozialismus aufrecht und nachhaltig Schluss gemacht hat. Man sieht, man kann einen Mann nicht auf Grund eines Satzes zum schieren Pragmatiker machen.

Im Fall der Enquete-Kommission Kultur in Deutschland gilt ähnliches. Der Inhalt des Europakapitels ist visionsfrei pragmatisch, um das Geringste zu sagen angesichts der total veränderten Welt; man braucht keinen Arzt, kein Rezept gegen/für diese Visionen. Andererseits ist dieses Kapitel ein Durchbruch im Bundestaat – ein klares Bekenntnis zu einer starken europäischen Kulturpolitik mit einer starken Rolle Deutschlands bei der Umsetzung, bei der wiederum die Vertretung des Bundes – in enger Abstimmung mit den Ländern – eine wesentlich aktivere Rolle einnehmen soll. Wenn die Empfehlungen durchgesetzt werden, wird europäische Kulturpolitik einen sehr starken Fürsprecher haben, bis hin zu den Budgetverhandlungen im Rat (1% für Kultur im EU Haushalt!). Abwarten und Tee trinken?

Europäische Realitäten

Willkommen im Europa des 21. Jahrhunderts. Wir haben schmerzhaft realisieren müssen, dass zum globalen ökonomischen »divide« (nicht nur im Verhältnis mit den südlichen Mittelmeeranrainern) der »kulturelle divide« gekommen ist, angeheizt durch geostrategische Katastrophen im Gefolge der US Irak Politik. Wir haben Banlieus brennen sehen und wissen, dass Ungleichheit und Ausschluss der Nährboden sind für die »Kulturalisierung von Unterschieden«. In vielen Städten und Kommunen hat sich eine heimliche Apartheid breitgemacht, auf die nicht zuletzt Kultureinrichtungen, vor allem die mit den größten Budgets, so gut wie nicht reagieren. Nationalstaaten »erodieren« – begleitet von zyklisch auftretenden populistischen »Festung«-Parolen – und die nächstfolgende Poli-

tikebene, Europa, »lahmt« – in der Wahrnehmung der Bürger am deutlichsten.

Kultur wird da nicht selten besungen als das homöopathische Wundermittel für Identitäten, die so nie zu haben waren – ausser im »Krieg« – und nicht zu haben sind. Demographische Veränderungen und bedeutende Zuwanderung, und die alles überwölbende Globalisierung der Wirtschafts/Un/Ordnung, die Beschleunigung von Konkurrenzverhältnissen im Leben der einzelnen und großer Gruppen von Menschen, Missverhältnisse von gigantischem Reichtum und wachsendem Mangel erzeugen eine »kulturelle« Orientierungslosigkeit auf hohem Niveau. Utopien sind Mangelware und in schlechter Erinnerung.

Europas Kulturangebot mit seinem Erbe sowie nie dagewesener Quantität von Spitzenleistungen reicht aus, um den Kontinent zum »Museum der kulturellen Vielfalt« zu erklären, wenn die wirtschaftlichen Zentren sich in andere Weltgegenden verlagern sollten. Kulturtourismus (daher wohl auch der Vorschlag mit den europäischen Kultur-»labels«) und einige Hightech- und Dienstleistungsgrößen – ist das die Zukunft Europas? Spaß beiseite. Was allerdings nützt, ist eine Analyse von Produktion und Konsumtion, Quantität und »Sinn«. »Culture deals with meaning«! Sind wir erfolgreich im Schaffen von kultureller Bedeutung angesichts unverbindlichen Überangebots, nie gesehener Massenkultur und Festivalisierung des Alltags? Wie schwer wiegt das »meaning« und wieviel wert sind die »deals«? Dies soll nicht Kulturpessimismus evokieren, sondern den Blick richten auf breitere Trends und tiefere Herausforderungen.

Europäische Identitäten

Ein Missverständnis im Einleitungsteil des Europakapitels der Enquete-Kommission grassiert in vielen Debatten: das von der »Identität« (auch wenn sie in mystisch anmutende Anführungszeichen gesetzt wird) Europas. Es wird unterstellt, dass die kulturelle Identität zu einer »angemessenen Positionierung nach außen« führen kann und dass dies auch beinhalten würde, dass wir »die kulturelle Vielfalt in anderen Teilen der Welt schützen« müssen. In Verbindung mit

* Es handelt sich bei dem Artikel um eine persönliche Stellungnahme des Autors.

Dr. Gottfried Wagner ist Direktor der Europäischen Kulturstiftung (ECF) in Amsterdam.



dem »Kanon« Europas – der »Wertegemeinschaft« – wüssten wir dann schon, wo's langgeht in der Welt. Tja, wenn das alles nur so einfach wäre – und frei von neokolonialen Anmutungen, wie nicht wenige unterstellen, z.B. Gislène Glassaume-Deschaumes.

Ich möchte nicht soweit gehen, sondern provozierend folgendes feststellen:

1. Die Identität (»Seele«) ist im Kollektiven ein leerer Begriff, ein schwieriger, oder in manchen Kontexten sogar ein gefährlicher. Wir verstehen, dass es Kohäsion in Gemeinschaften geben muss, aber auch Freiheit zum Anderssein (das Plädoyer für Erinnerungskultur im Bericht legt das doch

Hilfreicher wäre es, den »Kapitalismus«, der wohl gemeint ist, zur Kenntnis zu nehmen und zu analysieren, in aller Offenheit die Segnungen und den Fluch zu benennen. Kulturökonomie ist komplizierter geworden.

gerade auch nahe). Europa »Anderes« war immer sein Eigenes und umgekehrt. Europäische Kulturpolitik kann am Ende – trotz aller Verlockun-

gen – nicht Identitätspolitik sein, das wäre mehr vom gleichen alten Muster der Instrumentalisierung. Oder »Identität« meint ihre Negation mit.

2. Kohäsion hat viel zu tun mit Recht, Gleichheit, Freiheit, Anteilnahme, Demokratie. Und gerade weniger mit kultureller Einheit. Im Gegenteil. Teilen trägt allerdings zu Kohäsion bei (Sharing Cultures).
3. Europa angemessen nach aussen zu positionieren, das mag zunächst mal übersetzt heißen, im Konkurrenzkampf um Ressourcen und Wohlstand (mit) obenauf zu sein, damit das Licht nicht ausgeht und die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Sollte das kulturell camoufliert werden, mit einem »Vielfaltsmissionarismus« (wo gerade zu viel neue Vielfalt im Inneren so viel Angst macht), wären nur mediokre Künstler und Kulturschaffende bereit, das Spiel mitzuspielen.
4. Ein anderes Missverständnis liegt im Spät-68er-Gestus der Wirtschaftskritik. Das Mantra, »Kultur im Widerstreit mit den ökonomischen Prinzipien zu verteidigen«, hilft nur beschränkt. Hilfreicher wäre es, den »Kapitalismus«, der wohl gemeint ist, zur Kenntnis zu nehmen (viele der Kritiker sind wohl mittlerweile Shareholder oder meinen jeweils den Kapitalismus der anderen) und zu analysieren, in aller Offenheit die Segnungen und den Fluch zu benennen. Konkret, transparent, ratlos. Kulturökonomie ist komplizierter geworden.

Europäische Kulturpolitik

Meine Sorge ist, dass wir genau an dem Punkt, wo sich (endlich) eine Debatte – und Politik – um eine europäische Kulturagenda entwickelt – dankens-

werterweise auch in Deutschland, wo das ja aufgrund der föderalen Struktur besonders schwierig ist – grundsätzliche Denkfehler begehen, die das begrüßenswerte Unternehmen gleich wieder gefährden. Es gibt keine Unschuldsvermutung für die Debatte um europäische Kulturpolitik. Sie darf sich selbst nicht den Boden unter den Füßen wegziehen durch nicht zuende gedachte Grundannahmen, die andere dazu bringen, sie als rhetorisch, ja harmlos aus dem Spiel zu nehmen, oder, schlimmer noch, sie ideologisch zu »gebrauchen«.

Es geht schon lange nicht mehr um den Schutz von »Subsidiarität«; das ist gegessen. Niemand würde ernsthaft wagen, daran zu rütteln, dass Kommunen, Länder und Staaten in Europa die erste Steuerungsgeige spielen. Und wo das versucht wird, organisiert sich Widerstand, wie in dem Enquete-Bericht gut und zu Recht dokumentiert wird.

Es geht um ein neues »Mehr« an europäischen Steuerungsmechanismen und den demokratischen Weg, dahin zu gelangen. Auch dazu steht viel Wichtiges im Bericht.

Die noch weithin unbeantwortete Frage ist, was dieses politische Mehr an Kulturpolitik beinhalten soll, warum und wozu.

Der einfachere Teil der Antwort wird im Bericht im konkreten Teil gegeben. Budgeterhöhung, Förderung von europäischen Partnerschaften und Projekten im Sektor und darüber hinaus mit anderen Sektoren, Menschenrechtsbildung, Kultur in der Entwicklungspolitik, Förderung transnationalen Kulturaustausches, Diversität und Mobilität, von Information und Zugang zu ihr, von Netzwerken etc. Schwieriger ist schon die Beihilfenfrage, was davon Recht der Staaten bleiben soll und was versteckter Protektionismus ist. Oder bei Fragen des geistigen Eigentums, der Verwertung und der »creative commons«.

Jedenfalls lässt sich im Konkreten noch eher leicht argumentieren, warum eine Gemeinschaft wie die EU, die weite Teile des Lebens durchdringt in ihren Gestaltungsmechanismen, ausgerechnet Kultur nicht ausklammern soll in einer post-industriellen Gesellschaft. Tun wir nichts auf europäischer Ebene, überlassen wir »Politik« dem »Markt«. Die Rechtfertigung für europäische Fördermaßnahmen und Steuerungsregeln bedürften nicht unbedingt des ideologischen Überbaus im allgemeineren politischen Teil des Textes. Entscheidet man sich konsequent für einen pragmatischen Zugang, wie es der Bericht in seinem Hauptteil tut, braucht man keine Visionen: Man stellt übernationale Defizite fest und stellt Ressourcen zur Verfügung – und gute Strukturen, um sie zu beheben.

Will man mehr, wie im ersten Teil des Berichts, sollte man genau sein und einige Kernfragen im Auge behalten:

1. Was unterscheidet trans-nationale (post-nationale) Kulturpolitik von nationaler? Geht es nicht (noch viel mehr als im Nationalen) um Bedin-

gungen für das Aushandeln von Unterschieden, um Diversitätspolitik als ein sine-qua-non der Politik der freiwilligen »Einigung«?

2. Welche Konflikte handelt man sich dabei ein, und handelt man aus? Wettbewerbskonflikte zwischen »nationalen« Kulturindustrien (oder was daran noch national sein mag)? Konflikte um die »Ökonomie der Aufmerksamkeit« (staatliche/europäische Repräsentation und Imagebildung nach aussen)? Konflikte um Modelle der Organisation von Öffentlichkeit?
3. Meint man »Kulturpolitik« ganz weit als laizistische Agentur von »Bedeutung«, »Sinn«, »Kanon« und »Wertegemeinschaft, was ja schon im kleineren Rahmen nicht wirklich gelingt oder mancherorts nur in Verbindung mit »policing« (im Sinn der alten »kulturpolizey«)?
4. Wie hält man's folglich mit der Kunst, dem widerspenstigsten Gegner (und manchmal Opfer) einer allzu weiten Kulturpolitik? Sollte europäische Kulturpolitik nicht auch Kunstpolitik sein und entsprechend klare Rahmenbedingungen diskutieren/schaffen?
5. Wie macht es noch Sinn, *europäische* Kulturpolitik zu schaffen für die immer schon internationale Welt der Kunst? Oder anders: Ist Europa in der Kulturpolitik ein Ziel an sich, oder ein wichtiger Schritt aufs Ganze, Kosmopolitische?
6. Welche Rolle messen wir daher auch Europa in der Welt zu (Aussenpolitik), und was, bitte genau, sollen Kunst und Kultur dabei zu schaffen haben oder »leisten«?

Jedes kulturpolitische Dokument (nicht nur das der Enquete-Kommission) soll Interessen organisieren und trifft ideologische Wahlen. Das ist mit europapolitischen Kulturdokumenten nicht anders. Im Unterschied zu anderen Politikbereichen ist jedoch die Klientel (besonders die Künstler und Intellektuellen) schlecht organisiert, weil per definitionem individualistisch – und allergisch gegen Ideologie. Bisher ist es nicht wirklich gelungen, jenseits von Standesinteressen an gemeinsamen Visionen zu arbeiten. Dies gilt zumal für »Europa«.

Europäische Diskurse

Andererseits: Das Projekt Europa hat Anziehungskraft: als Friedensprojekt nach den alten und neuen Nationalismen jedweder Prägung; als Modell trans-nationaler Demokratie »in the making«; als Modellversuch von Freiheit, Gleichheit und Vielfalt; als Labor sozialen Ausgleichs und Chancengleichheit bei hoher Wettbewerbsfähigkeit; als Garant öffentlicher Verantwortung für Kunst und Kultur; und als Hoffnung für globalen Interessensausgleich auf der Basis von Menschenrechten, Respekt für das andere und inter-kultureller Zusammenarbeit. Europas »Identität« als offener Kontinent ist bündnisfähig bis weit in die Welt der Kunst und Kultur hinein. Um nicht zu sagen »visionsfähig«.

DEMO

Die Monatszeitschrift für Kommunalpolitik

Demokratische Gemeinde

3. DEMO-Kommunalkongress 2008 im dbb-Forum in Berlin-Mitte

Kommunalpolitik besser machen

Mehr Infos und Anmeldung:
www.demo-online.de



Schon zum dritten Mal werden wir zwei Tage lang aktuelle kommunalpolitische Themen diskutieren und Best-Practice-Beispiele aus dem gesamten kommunalen Sektor aufzeigen.

Donnerstag, 5. Juni 2008

„Gemeinsam die Bürgerkommune schaffen“

Abends: Verleihung der DEMO-Kommunalfüchse 2008

Freitag, 6. Juni 2008

„Daseinsvorsorge für das 21. Jahrhundert“

Offizielle kulturpolitische Dokumente dagegen – wie das der Enquete Kommission oder die jüngste, wichtige Mitteilung der EU Kommission, als erstes strategisches Papier seit Maastricht – lassen die Kultur-»Produzenten« und »-Konsumenten« dagegen relativ unberührt. Sie atmen einen anderen Geist; nicht dass die drei Hauptfelder der Mitteilung (Diversität und interkultureller Dialog; Kreativität und Kulturwirtschaft; Aussenpolitik und Kultur), auf die sich auch der Enquete-Bericht bezieht, nicht wichtig wären; aber Politik dieser Art »kommuniziert« nicht.

Natürlich wird man »Arbeitsteilung« ins Feld führen (Bürokratie vs Praxis, Verwaltung vs Idee) nach Max Weber. Mein Verdacht ist allerdings, dass, wo es um gesellschaftliche »software« geht, ohne die jede Form angestrebter Kohäsion nicht zu haben ist, nicht-kommunikative Politik gerade nicht das erreicht, was sie anstrebt. Sie bleibt daher relativ folgenlos.

Das ist gut, könnte man zynisch sagen, wenn die »Ideologiekern« problematisch sind. Aber lassen wir uns nicht täuschen. Politisch-bürokratische Texte spiegeln auf anderer Ebene den herrschenden – nein, nicht so sehr Diskurs – wider, sondern vorherrschende Common-sense-Annahmen. Der Diskurs steht noch aus. Und er ist mit den Kreativen zu führen, den Künstlern, Kulturschaffenden und Intellektuellen. Die (»progressive«) Annahme ist, dass Europa »gut« sei, Kultur als Kitt für »Identität« brauche, sich auszeichne durch historische Erfahrungen, die eine »überlegene« »Wertegemeinschaft« darstellen, was wiederum eine Führungsrolle auf der Weltbühne rechtfertige, ja verlange. Diskurs dagegen fragt nach dem »welches Europa?«, »welche Kultur?« und entzündet sich an Widersprüchen, die nicht Werte-Relativismus bedeuten müssen, aber Kritik nach allen Richtungen.

Europäische Visionen?

Seien wir ehrlich, es mangelt uns an visionsfähigen Konzepten für die Zukunft. In jedem Detail liesse sich das ablesen, ob an der Entwicklungs-, Migrations- oder an der Klimapolitik, an der Wirtschaftspolitik wie an der Sozialpolitik. Das Völkerrecht muss umgeschrieben werden, die UNO reformiert, und die Zukunft der NATO ist so unklar wie die der Börsen. Wir schwanken zwischen Einschränkung der Freiheitsrechte im Zeichen der Terrorbekämpfung und Festungsmentalität, zwischen Akzeptanz der globalen Wirtschaft und ratlosem Ärger. Dabei ist uns klar, dass (europäische) Staaten kaum mehr ausreichend stark sind, aber Europa noch nicht stark genug, und viele wissen »im Herzen« auch gar nicht, ob sie das wollten.

Das ist nicht »Jammern auf hohem Niveau«. Eher ungeliebte Wirklichkeit, in der wir uns noch recht gut eingerichtet haben. Europäische Realität.

Europäische Kulturpolitik muss in den nächsten Jahren in diesem Koordinatensystem der offenen Fragen entwickelt werden, im Diskurs, und mit vehementer Beteiligung der Akteure, der Zivilgesellschaft.

Zunächst heisst das wohl nicht viel mehr, aber auch nicht weniger, als Raum zu schaffen für kreative Suchbewegungen über alle Grenzen staatlicher und mentaler Natur hinweg. Offene Räume der Teilhabe an den Debatten und Phantasien über die Zukunft. Gemeinschaftliches Ringen um Bedeutung. Mut zu »Dunkelmännerbriefen«, »Reform/ation«, »Kritik der praktischen Vernunft« und zu Konflikten. Skepsis. Ironie. Tiefere Bedeutung. Wenn das Teil einer europäischen Identität genannt wird, soll's mir recht sein.

Sie werden nun vielleicht sagen, kein Arzt würde darauf ein Rezept ausstellen. Sie haben recht. Das reicht auch noch nicht für eine Vision.



Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.)

Jahrbuch für Kulturpolitik 2008

Band 8 – Thema: Kreativwirtschaft und kreative Stadt

Kulturstatistik, Chronik, Literatur, Adressen

Redaktion: Bernd Wagner und Norbert Sievers

Ca. 460 Seiten • 19,90 Euro • ISBN 978-3-89861-940-0 • erscheint im August 2008

Viele Tagungen und Publikationen setzen sich gegenwärtig mit dem Themenkomplex »Kultur- und Kreativwirtschaft« sowie »kreative Stadt« und »kreative Klasse« auseinander. In Landtagen und im Bundestag wird über Kulturwirtschaftsberichte und die Stärkung der Kreativwirtschaft debattiert und auch in Kommunen werden

entsprechende Berichte und Fördermaßnahmen erarbeitet. Allerdings bleibt dabei die kulturpolitische Dimension vielfach ausgespart. Im »Jahrbuch für Kulturpolitik 2008« wollen wir diese Lücke schließen und stellen die kulturpolitischen Aspekte dieser Debatte in den Mittelpunkt.

Das Jahrbuch umfasst drei Komplexe. Einer beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Kultur, Kreativität, Arbeit und wissensbasierter Ökonomie und den sich dadurch ergebenden Herausforderungen für die Kulturpolitik. In einem weiteren geht es um Kultur- und Kreativwirtschaft im engeren Sinne sowie die sich daraus ergebenden Konsequenzen für kulturpolitisches Handeln, und in einem dritten Abschnitt stehen die »kreative Stadt« und die »kreative Region« im Zentrum. Darüber hinaus wird sich auch mit dem Ansatz der »kreativen Klasse« und den veränderten Beschäftigungsverhältnisse im Kulturbereich auseinandergesetzt.

Zusätzlich zum Schwerpunkt enthält das Jahrbuch Beiträge zur europäischen Kulturstatistik von Franz-Otto Hofecker und Michael Söndermann, eine kulturpolitische Chronik und eine Bibliographie des Jahres 2007 sowie wichtige Adressen zur Kultur und Kulturpolitik.